

Methodische Herausforderungen qualitativer Rechtsextremismusforschung

Rechte Räume? Kartierungen von radikal rechten Raumaneignungen

Abdelrahman Helal

1. Einleitung¹

»Rechte Räume« haben in den letzten Jahren sowohl im architektonischen und baukulturellen als auch im geographischen und soziologischen Kontext erheblich Aufmerksamkeit bekommen (Kühnert et al. 2019; Berg/Üblacker 2020; Trüby 2020). Diskutiert werden meist grundsätzliche Fragen: Gibt es rechte Räume? Was sind rechte Räume? Was macht rechte Räume aus? Wo sind rechte Räume? Auch in medialen Diskursen wird der Zusammenhang zwischen Rechtsradikalismus und Raum thematisiert. In aktuellen Debatten werden insbesondere bei der Wo-Frage Stadtteile, Kommunen, aber auch ganze Länder bis hin zu »dem Osten« (bisweilen stigmatisierend) als rechte Räume bezeichnet. Der Fokus auf den Stadtteil Dortmund-Dorstfeld, die Stadt Chemnitz oder das Bundesland Sachsen sind Beispiele hierfür. Wenn Stadtviertel, Bezirke, Bundesländer und Regionen als rechte Räume definiert werden und die Diskussion darauf reduziert wird, welche Orte rechte Räume sind und welche nicht, ist dies in mehrfacher Hinsicht problematisch (siehe auch Bürk 2012; Döring 2007; Mullis/Zschocke 2019: 13): Rechtsradikalen wird ein totaler Machtanspruch bzw. eine totale Machtausübung zugesprochen. Andere Prozesse, die am selben Ort stattfinden (z.B. Engagement gegen rechts, Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Menschen), werden ausgebendet. Außerdem wird das Problem rechter Raumaneignung auf diese Orte reduziert, als würde Rechtsradikalismus außerhalb dieser Orte kein Problem darstellen. Diese Verräumlichungen bedienen ein verbreitetes Gefühl: Rechts ist wer anderes und woanders.

Rechte Räume entstehen durch die Aneignung von Raum durch Rechtsradikale bzw. durch die (Nicht-)Reaktionen der Gesellschaft auf deren Handlungen. In seiner Untersuchung über »[s]ozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen

¹ Dieser Beitrag basiert auf Teilen der unveröffentlichten Masterarbeit des Autors an der TU Berlin: »Rechte Räume. Von der Region bis zur Immobilie: Analyse politisch bestimmter Raumaneignung in Deutschland«, betreut durch Prof. Elke Pahl-Weber und Prof. Lech Suwala.

Rechtsextremismus« hat Wilhelm Heitmeyer (1999) ein Konzept entwickelt, das für die Beschreibung und Analyse der Raumaneignung durch Rechtsradikale von zentraler Bedeutung ist. Mehrere Autor:innen haben das Konzept als Grundlage für ihre Analysen extrem rechter Raumaneignung angewandt (Borstel /Luzar 2016: 43; Ameer et al. 2017: 21; Domann/Thom 2017: 7). Mithilfe des Konzepts können Raumaneignungen anhand von vier Eskalationsstufen differenziert werden, die mit Provokationsgewinnen beginnen, über Räumungs- und Raumgewinne verlaufen und schließlich zur Normalität werden: »Der Rechtsextremismus ist etabliert und die Ausgrenzung schwacher Gruppen allgemein akzeptiert« (Borstel et al. 2012: 13f.) Auch aus der Praxis der extremen Rechten selbst wird eine Differenzierung der Aneignungsstrategien deutlich: Das sogenannte Säulenkonzept der NPD beschreibt den »Kampf um die Straße«, den »Kampf um die Köpfe«, den »Kampf um die Parlamente« und den »Kampf um den organisierten Willen« (Schulze 2016) als Kernstück für die Arbeit der rechtsextremistischen Partei.

Ziel dieses Beitrags ist es, räumliche Schwerpunkte von extrem rechten Aneignungsprozessen in Deutschland jenseits vordefinierter Raumkategorien zu identifizieren. Im Rahmen dieser Untersuchung wird ein neuer methodischer Ansatz mithilfe von Geoinformationssystemen (GIS) entwickelt und erprobt, der auch für andere geographische Kontexte anwendbar sein kann. Gleichzeitig, so ist es mein Ziel, möchte ich mittels der Identifizierung konkreter räumlicher Cluster extrem rechter Raumaneignung Akteur:innen aus der Forschung und Praxis auf diese Räume aufmerksam machen. Um die räumlichen Schwerpunkte zu identifizieren, werden drei verschiedene Dimensionen für die gesamte Bundesrepublik quantitativ untersucht. Anhand von Wahlergebnissen betrachte ich die Aneignung durch *rechte Politik*. Um die Dimension der *rechten Gewalt* zu analysieren, werden flüchtlingsfeindliche Vorfälle herangezogen. Die dritte Dimension sind die *Immobilien der Rechten*. Dieser liegen Listen des Verfassungsschutzes zu rechtsextremistisch genutzten Immobilien zugrunde. Das Vorkommen der drei Dimensionen wird mit (sozial-)räumlichen Daten überlagert, um Korrelationen zu der geographischen Verteilung in den Landkreisen, zur Bevölkerungsgröße und Urbanität sowie zu sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu erforschen.

Durch die Beobachtung der kartographischen und statistischen Ergebnisse werde ich zeigen, dass extrem rechte Raumaneignung sich nicht an Grenzen von Landkreisen oder Ländern orientieren; eher bilden sie Cluster, die unabhängig von Verwaltungsgrenzen zusammenhängen. So äußern sich die verschiedenen Dimensionen radikal rechter Raumaneignungen vielfältig. Die geoinformatische Analyse vermag nicht zu erklären, warum bestimmte Räume stärkere Konzentrationen rechter Raumaneignung aufweisen, sie erlaubt indes, potenzielle Problembereiche zu identifizieren, die dann in einem nächsten Schritt durch lokale Analysen ergänzt werden können.

2. Dimensionen radikal rechter Raumaneignungen

Für die Untersuchung wurde die räumliche Konzentration von erstens radikal rechter Politik, zweitens Gewalt sowie drittens Immobilien der Rechten analysiert. Alle drei Dimensionen sind verräumlicht und entfalten sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene ihre Wirkung. Im Folgenden werden die hier betrachteten Dimensionen kurz vorgestellt.

2.1 Rechte Politik, rechtes Wahlverhalten

»Der Kampf um die Parlamente« ist wichtiger Teil der Strategien rechtsextremistischer Parteien und für die Schaffung extrem rechter Dominanzräume. Der Zusammenhang zwischen Wahlverhalten, persönlichen Einstellungen und strukturellen bzw. räumlichen Rahmenbedingungen ist in der Wahlgeographie (*Electoral Geography*) und Wahlsoziologie gut untersucht (vgl. Schoen 2014: 169-224). In der Wahlgeographie spielen neben der räumlichen Darstellung von Wahlergebnissen und der Untersuchung von Wahlkreissystemen auch die Wechselwirkungen zwischen räumlichen Rahmenbedingungen und Wahlverhalten eine große Rolle (vgl. Falter und Winkler 2014: 149-152). Unter dem Oberbegriff »Kontexteffekte« – spezifischer: »Nachbarschaftseffekte« – wird untersucht, wie auf lokaler Ebene sozistrukturelle Rahmenbedingungen, vorhandene Institutionen, politische Kultur, aber auch soziale Interaktionen das Wahlverhalten beeinflussen, jedoch auch andersherum: wie das Wahlverhalten bestimmter Gruppen die Nachbarschaft beeinflusst (vgl. Forest 2018: 7). In den Gesellschaftswissenschaften wurde extrem rechtes Wahlverhalten in Deutschland gut untersucht: Analysiert wurden die regionalen und lokalen Unterschiede der Wahl der NSDAP Ende der 1920er- und 1930er-Jahre², aber auch die räumliche Verteilung und die sozistrukturellen Rahmenbedingungen der Hochburgen der AfD und der NPD bei den Bundestagswahlen des Jahres 2017 (vgl. Bernet et al. 2019; Richter et al. 2017; Mullis/Zschocke 2019).

Die Verbindung von Wahlergebnissen und Raum ist nicht unproblematisch. Wahlen sind oft von einer Stimmung abhängig, die sich auch ändern kann. Die Ergebnisse von Europa-, Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen können variieren. So erzielen seit den 1950er-Jahren rechtsextremistische Parteien stets deutlich bessere Ergebnisse bei Landtags- und Europawahlen als bei Bundestagswahlen (Arzheimer 2014: 594). Überdurchschnittliche Ergebnisse für extrem

² Eine berühmte These ist, dass der typische Anhänger der NSDAP im Jahr 1932 »ein protestantischer Angehöriger der selbständigen Mittelschicht, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat« (Lipset 1960: 182, zit. n. Borowsky 2005: 238)

rechte Parteien deuten daher nicht automatisch auf einen per se extrem rechten Raum hin. Trotzdem stellen extrem rechte Wahlerfolge Raumaneignung dar und weisen auf eine vorhandene Unterstützung extrem rechter Einstellungen und Handlungen vor Ort hin.

2.2 Rechte Gewalt

Gewalt gegen Migrant:innen und Andersdenkende spielt im Kampf um den Raum für die extreme Rechte eine zentrale Rolle. Aufgrund der Datenlage konzentriere ich mich auf eine geographische Untersuchung extrem rechter Gewalt in flüchtlingsfeindlichen Vorfällen in den Jahren 2015-2018. Gewalt gegen Geflüchtete ist nur ein Teil rechter Gewalt, die von Gewalt gegen Migrant:innen, Ausländer:innen, politische Gegner:innen, Obdachlose oder antisemitische und homophobe Gewalt abzugrenzen ist. Bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre waren Asylsuchende und dazugehörende Einrichtungen eine Zielscheibe rechter Gewalt. Pogrome (z.B. in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Wismar) waren besonders demonstrative Formen dieser Gewalt (vgl. Bürk 2012: 24). Spätestens seit dem Jahr 2015 ist die Einwanderung von Geflüchteten eines der wichtigsten Themen (wenn nicht das wichtigste) für extrem rechte Parteien und Bewegungen. Sie gewinnen ihre Wähler:innen und Unterstützer:innen explizit über die Mobilisierung von Angst (Wodak 2015).³ Flüchtlingsfeindlichkeit ist Teil rassistischer Ungleichwertigkeitsideologien und vermag das heterogene Spektrum rechtsextremer Akteur:innen auf ein Thema zu einen. Darüber hinaus dient es als Bindeglied zu Teilen der nicht-rechtsextremen Bevölkerung, die aber über rassistische Ressentiments angesprochen werden können (vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2015: 5). Bei den erfassten flüchtlingsfeindlichen Vorfällen sind die Täter:innen daher nicht ausschließlich der rechts-extremistischen oder organisierten rechten Szene direkt zuzuordnen. Jedoch tragen sie mit ihren rassistischen Taten zu einem gesellschaftlichen Klima bei, das rechte Raumaneignungen befördert bzw. Räume als rechts deuten lässt.

2.3 Immobilien der Rechten

Eigene Häuser und Grundstücke können unterschiedliche Nutzungen für die extremen Rechten haben: als Kneipen und andere gastronomische Betriebe; Vertriebe, Handel und Lagerräume (z.B. für rechte Szenekleidung, Musik, Aufkleber, Poster, Literatur); als politische Zentren (z.B. Parteizentralen, Vereinshäuser, »Bürgerzentren«) oder als Privathäuser und -grundstücke, die aber auch für

³ So nachzulesen in den Parteiprogrammen der AfD, NPD, DIE RECHTE sowie auf den Websites der Anti-Migrations-Bewegungen »PEGIDA« und »Identitäre Bewegung«.

politische Aktivitäten genutzt werden. Diese Immobilien können verschiedene Zwecke erfüllen, die sich in der Regel überlagern, jedoch auch unabhängig von einander bestehen können. Rechte Ereignisse wie Konzerte, Feste und sogenannte Brauchtumsfeiern, Lesungen, Seminare und Schulungen werden häufig durch Hausordnungen und/oder die Ablehnung der rechten Einstellung durch Betreiber:innen und Vermieter:innen erschwert. In den eigenen Immobilien kann die extreme Rechte ihren Aktivitäten ungestört(er) nachgehen. (vgl. Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. 2013: 4; Landtag von Baden-Württemberg 2018: 3) Hinter dem Handel von rechter Szenekleidung, Musik, Literatur, Aufklebern, Postern aber auch von Speisen und Getränken stehen oft auch wirtschaftliche Interessen. Das Einkommen kann persönlich genutzt oder für die Finanzierung weiterer rechter Aktivitäten eingesetzt werden (vgl. Benzing u.a. 2009: 4). Die Immobilien dienen darüber hinaus als Rückzugsorte vor oder nach Kundgebungen, jedoch auch zur Vorbereitung von Gewalttaten (vgl. ebd.; Bundesregierung 2015: 1). Vor allem tragen sie durch ihre dauerhafte Präsenz sowie die Präsenz von extrem rechten Personen zu einer Normalisierung extrem rechter Präsenz im Nahraum bei und befördern so die Herstellung eines rechten Dominanzraums (vgl. Benzing u.a. 2009: 5; Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. 2013: 5; Landtag von Baden-Württemberg 2018: 2).

3. Räumliche Bezüge in den aktuellen Debatten zu extremen Rechten

In den Debatten um rechte Räume stehen bestimmte Regionen und Raumtypen im Vordergrund. Die neuen Länder, der ländliche Raum und strukturschwache Regionen sind drei dieser Regionen und Raumtypen, die oft als Schwerpunkte rechtsradikaler Raumaneignung hervorstechen oder damit assoziiert werden (Bundesregierung 2013: 2; Bundesregierung 2017: 1; Decker/Brähler 2018; Zick et al. 2019). Im Folgenden werden die Debatten um diese Räume vorgestellt und die Datengrundlage für die Definition dieser Räume wird dargelegt.

Bereits im Rahmen der Bachelorarbeit des Autors haben mehrere Geflüchtete aus Syrien auf die Frage, wo sie in Deutschland auf keinen Fall wohnen würden, den »Osten« oder »Ostdeutschland« genannt. Obwohl keine:r der Befragten sich an negative persönliche Erfahrungen in den neuen Ländern bzw. im ehemaligen Ost-Berlin erinnern konnte, ist ihnen »der Osten« durch Medienberichte und Erzählungen im Bekanntenkreis als gefährlicher Ort für Ausländer:innen bekannt (vgl. Helal 2016). Im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 in Deutschland verursachten die durch den Afrika-Rat geplante Veröffentlichung eines Atlas von No-go-Areas für schwarze Besucher:innen und die darauffolgen-

den Aussagen des damaligen Regierungssprechers Uwe-Karsten Heye⁴ kontroverse Reaktionen aus der Politik und der Öffentlichkeit (Bürk 2012: 240-243). Dabei ging es um ganze Stadtteile und Bezirke in Berlin (u.a. Marzahn-Hellersdorf und Köpenick), aber auch die gesamten Länder Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Alle diese Regionen liegen auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Auch repräsentative Langzeitstudien über rechte Einstellungen in Deutschland – die »Leipziger Autoritarismus-Studie« (Decker/Brähler 2018) und die »Mitte-Studie« (Zick et al. 2019) – kommen seit mehreren Jahren zu dem Ergebnis, dass der Anteil von Menschen mit rechtsextremen und rechtsradikalen Einstellungen in den neuen Ländern höher ist als in den alten. Spätestens seitdem die AfD in den Bundestagswahlen 2017 in den ostdeutschen Ländern die Linkspartei als zweitstärkste Kraft hinter der CDU (in Ostsachsen sogar als stärkste Kraft) abgelöst hat, wurde die regionale Besonderheit des Ostens bezogen auf extrem rechte Raumaneignung bestätigt (Leibert/Haunstein 2018: 3).

Auch ländliche Räume werden in der Debatte über rechte Räume hervorgehoben. So teilt die Bundesregierung (2013: 2) in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mit, dass rechtsextremistische Strukturen zwar in Großstädten existieren würden, dass aber der »Rechtsextremismus [...] nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden eher ein Phänomen in den ländlichen Regionen« sei. Hier würde sich beispielsweise die NPD stärker engagieren. Auch Immobilien der Rechten seien laut einigen Expert:innen ein größeres Problem in ländlichen Räumen: Hier hätten laut der »Mobilen Beratung in Thüringen« (2013: 5) Neonazis beim Erwerb von Immobilien in der Regel wenig Widerstand von der ansässigen Bevölkerung zu erwarten (Förtner et al. 2019: 24; Deppisch et al. 2019: 81-84).

In seinem Beitrag »Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie« schreibt Dierk Borstel (2016: 165): »Das Problem sozialer Desintegration zeigt sich brennpunktartig in abhängigen Regionen und Stadtvierteln.« Ebenfalls in einer Kleinen Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Zusammenhang zwischen rechtspopulistischem Wahlverhalten und »sogenannte[n] abhängige[n] Regionen« (Bundesregierung 2017: 1) erfragt. Damit sind laut der Anfrage strukturschwache Regionen gemeint. Die Bundesregierung konnte zwar die Korrelation nicht bestätigen, wies jedoch auf das Förderprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« hin, womit »Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus« (Bundesregierung 2017: 12) insbesondere in strukturschwachen Regionen gefördert werden.

4 Der Tagesspiegel 2006: »Ich sehe No-go-Areas vornehmlich im Osten Deutschlands. [...] Es gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem, der eine andere Hautfarbe hat, raten würde, hinzugehen. Er würde sie möglicherweise lebend nicht mehr verlassen.«

4. Methoden der Datenanalyse

Um die räumliche Ausprägung radikal rechter Raumaneignung zu analysieren und zu kartieren, wird für jede Dimension ein Indikator ausgewählt und mithilfe von GIS mit Bezug auf Deutschland räumlich und statistisch dargestellt. Als Indikatoren für rechte Politik dienen die Bundestagswahlergebnisse extrem rechter Parteien, für rechte Gewalt flüchtlingsfeindliche Vorfälle und für Immobilien der Rechten lokalisierte Daten zu solchen. Die genaue Zusammenstellung der Datensätze wird unten vorgestellt. Erhoben und untersucht werden die Daten auf der Ebene von Landkreisen. Die Fokussierung auf die 401 Landkreise und kreisfreien Städte (Stand 2017) ermöglicht eine differenziertere Analyse als auf Ebene der 16 Bundesländer einerseits und eine übersichtlichere Erfassung als auf Ebene der über 11.000 Gemeinden andererseits.

Das Hauptprodukt der regionalen Analyse ist ein Kartenset, das durch Diagramme numerisch untermauert wird. Um diese Produkte zu erstellen, musste vorerst eine Datenbank mit Indikatoren rechter Raumaneignung sowie weiteren Daten aufgebaut werden. Der Aufbau der Datenbank und die Erstellung der Karten und Diagramme verlaufen nach einem systematischen Schema, bei dem Daten gesammelt, ggf. validiert und dann für GIS aufbereitet werden. Dann werden räumliche und statistische Analysen durchgeführt. Hierzu gehören unter anderem die Aggregation der Daten auf die verschiedenen räumlichen Ebenen, die Klassifizierung in statistischen Clustern und die Berechnung von Durchschnittswerten. Mithilfe der Datenbank, der Karten und der Diagramme können fundierte Aussagen über die regionalen Schwerpunkte der Raumaneignung durch Rechte getroffen werden.

4.1 Daten und Karten

Der erste Schritt im Rahmen der Analyse sind das Sammeln und, im Falle der flüchtlingsfeindlichen Vorfälle und rechtsextremistisch genutzten Immobilien, das Validieren der Daten (Tab. 1).

Tab. 1: Aufbau der Datenbank für die Analyse regionaler Schwerpunkte rechter Raumaneignung

	Daten	Einheit	Funktion	Zeitpunkt	Quelle
1	Länder	Name	ermöglicht den Vergleich zwischen den Ländern	12.2017	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

2	Landkreise und kreisfreie Städte	Name	bestimmt die räumliche Ebene der Analyse	12.2017	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
3	Einwohner:innenzahl	absolut	ermöglicht bevölkerungsproportionale Analysen	12.2017	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
4	Wahlergebnisse extrem rechter Parteien	%	Indikator für die Dimension <i>Rechte Politik</i>	2017	Bundeswahlleiter.de
5	Flüchtlingsfeindliche Vorfälle	Vorfälle je 100.000 Einwohner:innen	Indikator für die Dimension <i>Rechte Gewalt</i>	01.2015-10.2018	Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL auf Grundlage offizieller und inoffizieller Quellen
6	Rechtsextremistisch genutzte Immobilien	Immobilien je 100.000 Einwohner:innen	Indikator für die Dimension <i>Immobilien der Rechten</i>	01.2019	Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. 2018, ergänzt mit Daten und Informationen von Andrea Röpke
7	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Kreisfreie Großstadt Kreisfreie Stadt Städtischer Kreis Ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen Dünn besiedelter ländlicher Raum	Indikator für Grad der Verstädterung	12.2015	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
8	Regionale Lebensverhältnisse	Stark unterdurchschnittlich Unterdurchschnittlich Ausgeglichen Überdurchschnittlich Stark überdurchschnittlich	Indikator für strukturschwache/-starke Regionen	2000/2015	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Für jede der drei Dimensionen der rechten Raumaneignung werden vier Karten erstellt: Eine *erste* Karte stellt die Verteilung des Indikators in absoluten Zahlen als Punkte dar. Jeder Punkt repräsentiert eine Stimme für eine rechte Partei, einen flüchtlingsfeindlichen Vorfall oder eine rechtsextremistisch genutzte Immobilie. Diese Darstellung visualisiert die jeweilige Dimension unabhängig von der Einwohner:innenzahl und dem Land. Die *zweite* Karte stellt den Indikator in Relation zur Bevölkerung für jeden Landkreis bzw. jede kreisfreie Stadt dar. Die Grenzen der Kreise und Länder sind sichtbar, um die Verteilung auf die Verwaltungsgebiete zu analysieren. Anstelle von Flächenfarben kommen Schraffuren zum Einsatz, um auszusagen, dass die sozialen Phänomene nicht flächendeckend das gesamte Verwaltungsgebiet betreffen, sondern dass dieses nur im Vergleich zu anderen Gebieten über- oder unterdurchschnittlich betroffen ist. Mithilfe des QGIS-Plugins »cartogram« (Wulff [2015] 2018) wird *drittens* eine bevölkerungsproportionale Karte erstellt. Hier bestimmt nicht die Fläche die Größe der Landkreise und kreisfreien Städte, sondern die Einwohner:innenzahl. Mit dieser bevölkerungsproportionalen Karte kann die Verteilung der Schwerpunkte rechter Raumaneignung auf dicht und dünn besiedelte städtische und ländliche Räume untersucht werden. Abschließend wird *viertens* die zweite Karte mit Daten über die regionalen Lebensverhältnisse überlagert, um den Zusammenhang zwischen rechter Raumaneignung und strukturschwachen Regionen zu analysieren. Da die neuen Bundesländer insgesamt bei allen Phänomenen überdurchschnittlich auffallen und sie dadurch als homogener Raum erscheinen, wird zusätzlich zur zweiten, dritten und vierten Karte jeweils eine Karte erstellt, die die neuen Bundesländer isoliert und differenzierter betrachtet.

Eine ausführliche, kritische Analyse der Stadt-Land-Dichotomie findet hier nicht statt. Um die Unterscheidung von städtischen und ländlichen Räumen jedoch nicht nur anhand der absoluten Einwohner:innenzahl zu bestimmen, werden Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu siedlungsstrukturellen Kreistypen herangezogen. Berücksichtigt werden dabei die Siedlungsstrukturmerkmale »Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten«, »Einwohnerdichte der Kreisregion« sowie die »Einwohnerdichte der Kreisregion ohne Berücksichtigung der Groß- und Mittelstädte« (BBSR o.J.)

Für die Quantifizierung der regionalen Lebensverhältnisse hat das BBSR im Rahmen von dessen Raumbeobachtung ein Messkonzept entwickelt. Dieses kombiniert die Einzeldimensionen Demographie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt zu einer Messgröße. Der Fokus liegt dabei auf den »wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen der Regionen« (BBSR 2017), schwer quantifizierbare Aspekte wie »Landschaftsqualität« oder »sozialer Zusammenhalt« werden dabei nicht berücksichtigt.

4.2 Rechte Politik

Als Indikator für die Dimension rechter Politik werden die Zweitstimmen für extrem rechte Parteien im Rahmen der Bundestagswahlen 2017 herangezogen. In Deutschland sind vom Verfassungsschutz die NPD, DIE RECHTE und Der III. Weg als rechtsextremistisch kategorisiert. Die beiden Ersteren waren bei den Bundestagswahlen vertreten und werden deswegen in der Analyse erfasst. Nicht eindeutig rechtsextremistisch, aber dennoch in die Analyse einbezogen ist die AfD. Nachdem anfangs nur die der AfD zugehörige Jugendorganisation – der konervative sogenannte »Flügel« – als rechtsextremistisch aufgelistet war (Bundesamt für Verfassungsschutz 2019), erklärte das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte Partei zum Verdachtsfall (Wiedmann-Schmidt 2021). Für die Analyse und um den Stimmenanteil für rechte Parteien zu berechnen, werden die Zweitstimmen der NPD, der DIE RECHTE und der AfD addiert und durch die Anzahl der gültigen Stimmen dividiert. Die Verteilung der Stimmen auf die drei Parteien ist sehr unterschiedlich: Während bei der Bundestagswahl 2017 die AfD 5.878.115 Stimmen (12,6 %) erhalten hat und somit auch im Bundestag vertreten ist, haben 176.020 Menschen (0,4 %) der NPD ihre Stimme gegeben und 2.054 Menschen für DIE RECHTE gestimmt. Eine starke Korrelation zwischen der Wahl der AfD und rechtsextremistischen Parteien haben Richter, Bösch und Quent (2017) in ihrer Wahlkreisanalyse nachgewiesen.⁵

4.3 Rechte Gewalt

Die Erfassung von Kriminalstatistik allgemein und insbesondere in Bezug auf das Thema rechte Gewalt ist mit vielen Problemen verbunden. So gibt es »in Deutschland kein bundesweites Monitoring rechter Gewalt« (Röpke 2017: 18). Der Verfassungsschutz erfasst die »[p]olitisch motivierte Kriminalität – rechts« (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018) und veröffentlicht diese in den jährlichen Verfassungsschutzberichten als aggregierte Statistik. Jedoch werden die Zahlen lediglich auf Landesebene aufgeschlüsselt. Dadurch ist eine kleinteilige, regionale Analyse nicht möglich. Die Behörde kann außerdem – wie auch bei der Kriminalstatistik der Polizei – nur Vorfälle bekannt geben, die auch nach dem Strafgesetzbuch verfolgt werden können bzw. zur Anzeige gebracht wurden. In ihrem »2017 Jahrbuch Rechte Gewalt« macht Andrea Röpke deutlich, dass der Ansatz der »[p]olitisch motivierten Kriminalität – rechts« nicht ausreichend ist für die Beschreibung rechter Gewalt, die nicht nur von Rechtsextremist:innen ausgehe, sondern auch von »eine[r] steigenden An-

⁵ Diese Korrelation und die geringen Anteile der NPD und der Partei DIE RECHTE haben die Addition der Ergebnisse nahegelegt.

zahl rassistisch denkender Menschen von nebenan« (Röpke 2017: 17). Daher sind Presseberichte, aber auch die Informationen der Opferberatungsstellen wie des »Berliner Register[s] zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin« von großer Bedeutung: Hier fließen auch Gewalttaten⁶ ein, wenn sie beobachtet oder bei den Anlaufstellen gemeldet, aber nicht angezeigt wurden (Bahr u.a. 2018: 4f.) Dennoch basieren die Daten stets auf einer aktiven Meldung. Daher ist von einer höheren Dunkelziffer auszugehen (Röpke 2017: 19; Bahr u.a. 2018: 7). Regionale Unterschiede können von verschiedenen Faktoren abhängen: z.B. von »der personellen Ausstattung und Ansprechbarkeit der Registerstelle« (Bahr u.a. 2018: 7) oder der Begegnung mit potenziellen Opfern und dem Vorhandensein von potenziellen Angriffszielen.

Für die Analyse rechter Gewalt wird aus den bereits dargelegten Gründen die »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle« herangezogen. Es handelt es sich um eine Zusammenstellung durch die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL. Der Datensatz wird aus mehreren Quellen gespeist, u.a. aus Antworten auf Kleine Anfragen in den Parlamenten, Pressemitteilungen von Polizeidirektionen, Presseberichten, Informationen von Opferberatungsstellen sowie sonstiger antifaschistischer Institutionen. Insgesamt sind im Zeitraum zwischen Januar 2015 und Oktober 2018 8.499 Vorfälle dokumentiert. Auch wenn diese Datenbank das Ausmaß rechter Gewalt nicht vollständig darstellt, sprechen einige Punkte für ihre Verwendung: der Zeitraum von fast vier Jahren, die Heterogenität der Datenquellen sowie die Geolokalisierung der einzelnen Vorfälle. Da die Daten zur Anzahl von Geflüchteten auf Kreisebene nicht veröffentlicht werden, wird die Anzahl der Vorfälle in jedem Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt je 100.000 Einwohner:innen berechnet.

Von den 8.499 Vorfällen sind 16 % Körperverletzungen bzw. tätliche Übergriffe, 4 % Kundgebungen bzw. Demonstrationen, 3 % Brandanschläge, 74 % sonstige Angriffe und 3 % Verdachtsfälle. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Karten-Darstellungen einzig die Häufigkeit repräsentieren, jedoch nicht, wie schwerwiegend die Vorfälle sind. In der »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle« ist jeder Vorfall ausführlich beschrieben (Amadeu Antonio Stiftung 2019).

4.4 Immobilien der Rechten

Als Ausgangspunkt für die Erhebung extrem rechter Immobilien dienen Daten des Verfassungsschutzes. Betrachtet werden somit Immobilien, bei denen »Rechts-extremisten über eine uneingeschränkte grundsätzliche Zugriffsmöglichkeit verfügen, etwa in Form von Eigentum, Miete, Pacht oder durch ein Kenn- und

⁶ Zum Beispiel Körperverletzungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen, Aufkleber, Sprühereien oder diskriminierende Sprüche.

Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen. Weitere Erfassungskriterien sind die politisch ziel- und zweckgerichtete sowie die wiederkehrende Nutzung durch Rechtsextremisten« (Bundesregierung 2018: 2). Nicht erfasst sind Immobilien, die nur vorübergehend von Rechtsextremist:innen oder nicht für politische Zwecke genutzt werden (z.B. Wohnhäuser). Auch Immobilien von Rechten, die nicht eindeutig rechtsextremistisch genutzt sind (z.B. Parteigebäude der AfD), sind nicht Teil der Analyse (vgl. hierzu Domann/Thom 2017).

Die Erfassung der rechtsextremistisch genutzten Immobilien ist eine große Herausforderung, auch für den Verfassungsschutz selbst (Bundesregierung 2018: 2). Dieser teilte im Jahr 2015 mit, dass Rechtsextremist:innen bundesweit über ca. 250 Immobilien verfügen (Bundesregierung 2015: 2). Nach der Vereinheitlichung der Kriterien zwischen Bundes- und Landesbehörden reduzierte sich die Zahl auf 136, von denen aus Gründen des Schutzes von Informant:innen nur 74 aufgelistet wurden (Bundesregierung 2018: 2). Diese Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes wurden dahingehend kritisiert, dass sie eine zu geringe Anzahl im Vergleich zu den tatsächlich vorhandenen Immobilien dokumentieren würden (Gensing 2018).

Neben Anfragen im Bundestag sowie diverser Landtage bieten Erhebungen der Zivilgesellschaft eine weitere wichtige Quelle für rechtsextremistisch genutzte Immobilien bzw. vertiefte Details über bekannte Immobilien. Die Erhebungen erfolgen meist auf Landesebene und werden von Journalist:innen, Beratungsstellen oder antifaschistischen Gruppen durchgeführt, so u.a. in Berlin (Müller 2014), Mecklenburg-Vorpommern (Röpke 2015: 190-219), Schleswig-Holstein (An die Substanz o.J.) und Thüringen (Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. 2013).

Da die Daten aus der Antwort der Bundesregierung kaum qualitative Informationen über die Immobilien preisgeben und darüber hinaus nur ein kleiner Teil der erfassten Daten veröffentlicht ist, erfolgte eine Kontaktaufnahme mit einer freien Journalistin mit dem Themenschwerpunkt Rechtsextremismus, um die Datengrundlage quantitativ und qualitativ aufzuwerten. Ziel war es, einerseits mehr Immobilien zu ermitteln, andererseits mehr Informationen über die Nutzungen und Akteur:innen im Zusammenhang mit den Immobilien zu sammeln. Die Journalistin hat eine Abfrage zu rechtsextremistisch genutzten Immobilien in ihrem Netzwerk angestoßen. Ich habe das Ergebnis dieser Abfrage mit der Liste des Verfassungsschutzes kombiniert. Entstanden ist eine Übersicht von Immobilien mit Postleitzahl, Adresse, Ortsteil, Gemeinde, Art des Zugriffs (Eigentum/ Miete), Jahr der Aneignung und eine Beschreibung der rechtsextremen Nutzung. Um die regionalen Schwerpunkte zu identifizieren, wird in der Datenbank die Anzahl der Immobilien in den Landkreisen und kreisfreien Städten je 100.000 Einwohner:innen berechnet.

Die Lokalisierung der Immobilien ist in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht gleichermaßen erfolgreich:

In Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen können mehr als die Hälfte der vom Verfassungsschutz veröffentlichten Immobilien lokalisiert werden, in Niedersachsen sogar mehr als vom Verfassungsschutz veröffentlicht. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen kann dagegen nur ein Bruchteil der Immobilien einem konkreten Ort zugeordnet werden. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kann keine Immobilie verortet werden, obwohl hier sechs bzw. zwei Immobilien laut Verfassungsschutz stehen müssten.

5. Analyse

Ergebnis der großräumlichen geoinformatischen Analyse sind unterschiedliche kartographische Visualisierungen und statistische Analysen zu den drei untersuchten Dimensionen rechter Raumaneignung: Politik, Gewalt und Immobilien. Die Analyse der Indikatoren relativ zur Bevölkerung bestätigt zum Teil verbreitete Thesen: Die neuen Länder fallen bei allen drei Raumaneignungsdimensionen besonders stark auf, ländliche Kreise sowie Regionen mit unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen weisen insgesamt eine höhere Konzentration der Dimensionen auf. In einzelnen Regionen kann insgesamt eine stärkere Ausprägung der rechten Raumaneignung beobachtet werden: Die Stadt Eisenach (Thüringen – siehe dazu Quent und Salheiser in diesem Band) und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Sachsen) gehören zu den »Top 15« bei allen drei Raumaneignungsformen. Wenn die Regionen mit den 20 höchsten Werten bei allen drei Kategorien betrachtet werden, sind die Überschneidungen nicht zu ignorieren.

5.1 Heterogenität der Regionen

Erkenntnisreicher und interessanter ist jedoch die differenzierte und offene Be- trachtung der kartographischen Visualisierungen und statistischen Ergebnisse. So fallen zwar Kreise in den neuen Ländern, dünn besiedelte Kreise und Regionen mit unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen stärker auf, untereinander bestehen jedoch starke Differenzen. Extrem rechte Parteien sind im Süden Brandenburgs und Sachsen-Anhalts deutlich stärker als im Norden vertreten. Der Osten Thüringens ist – anders als der Westen – eine Hochburg rechter Parteien. In Sachsen erzielen extrem rechte Parteien in allen Landkreisen über- bis stark überdurchschnittliche Ergebnisse mit Ausnahme der Großstädte Leipzig und Dresden.

Abb. 1a: Zweitstimmen für rechte Parteien (in %), auf einer bevölkerungsproportionalen Karte, eigene Graphik

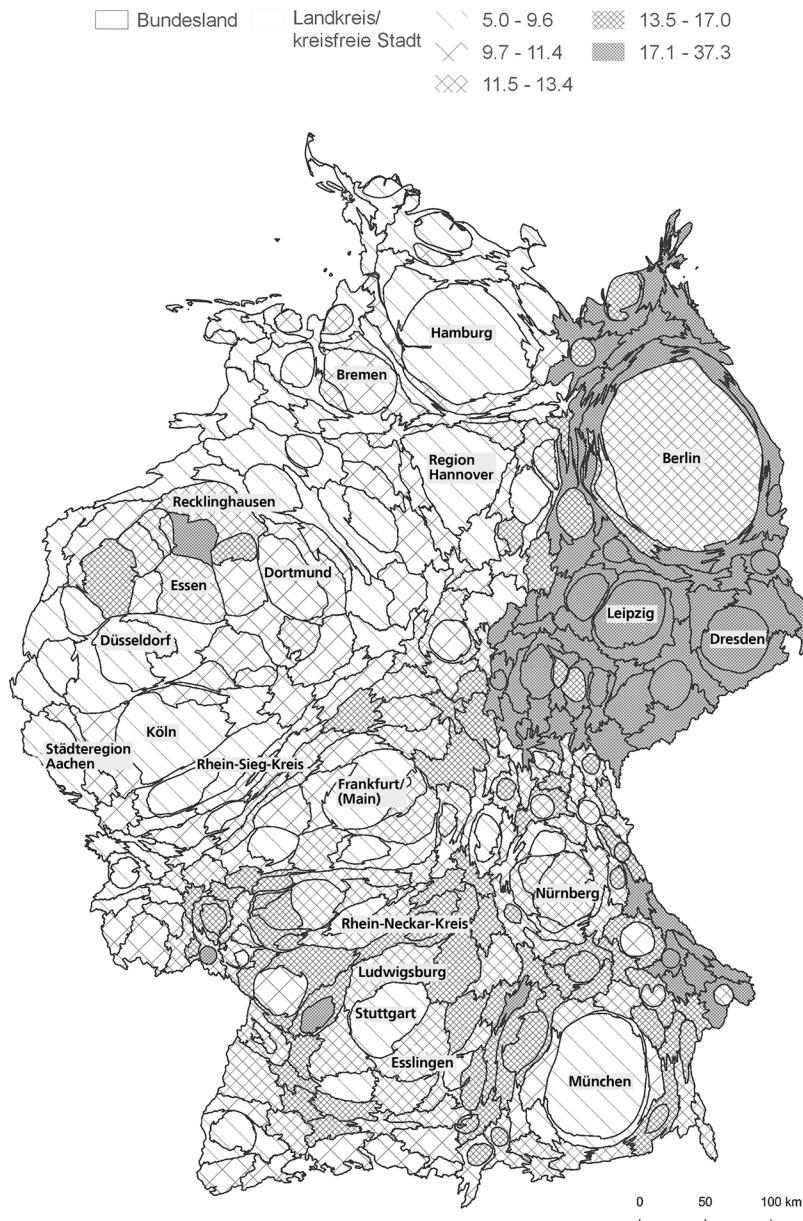
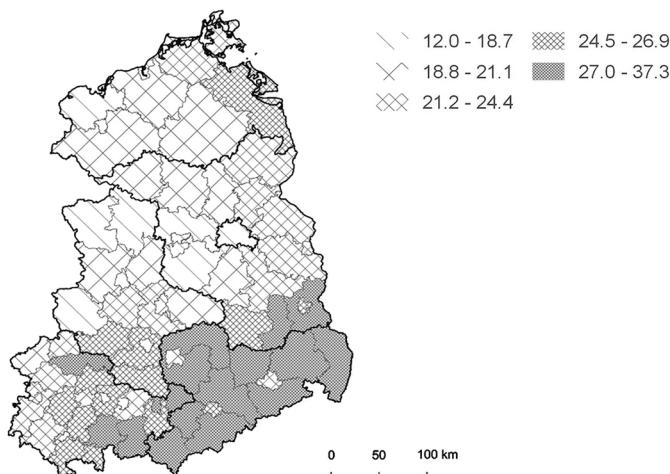
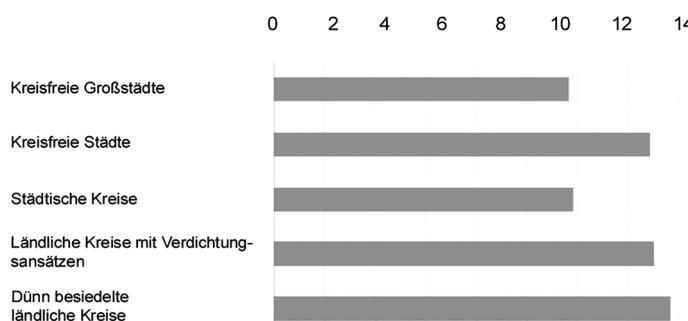


Abb. 1b: Zweitstimmen für rechte Parteien in den neuen Bundesländern (in %), eigene Graphik



Zweitstimmen für rechte Parteien nach siedlungsstrukturellem Kreistyp (in %)



Zweitstimmen für rechte Parteien nach regionalen Lebensverhältnissen (in %)

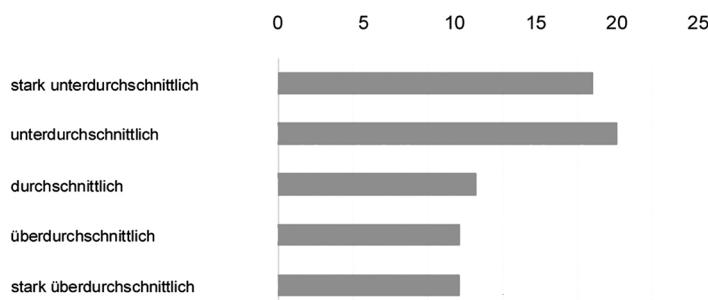


Abb. 2a: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle (je 100.000 EW) auf einer bevölkerungsproportionalen Karte, eigene Graphik

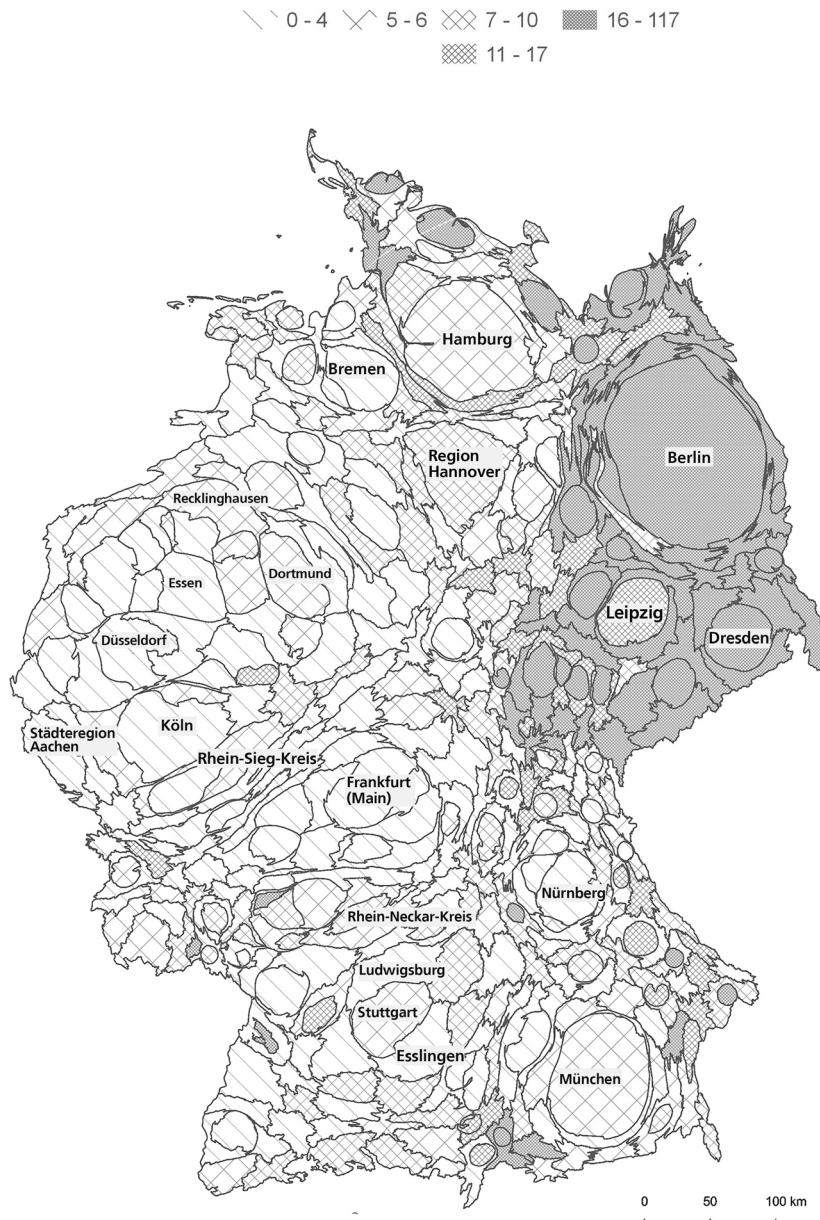
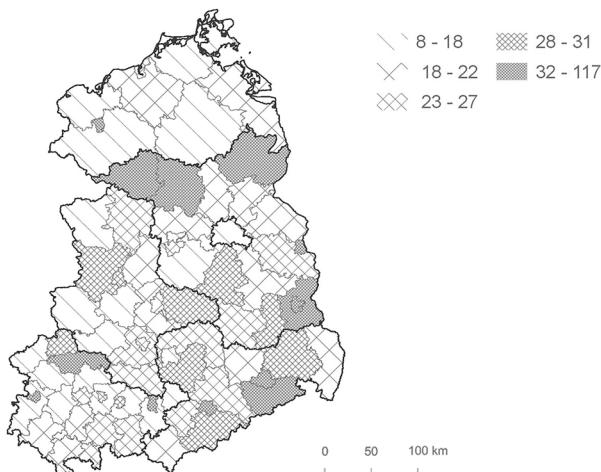
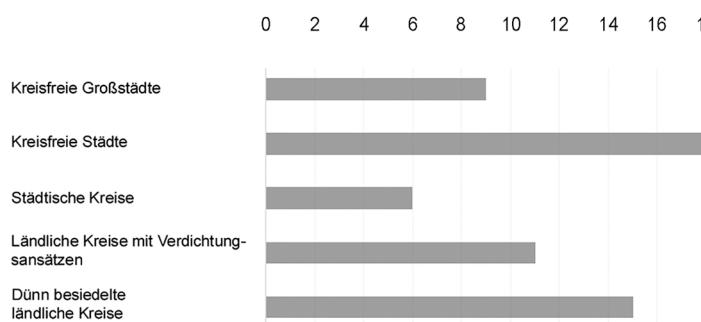


Abb. 2b: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle in den neuen Bundesländern (je 100.000 EW), eigene Graphik



Flüchtlingsfeindliche Vorfälle nach siedlungsstrukturellem Kreistyp (je 100.000 EW)



Zweitstimmen für rechte Parteien nach regionalen Lebensverhältnissen (je 100.000 EW)

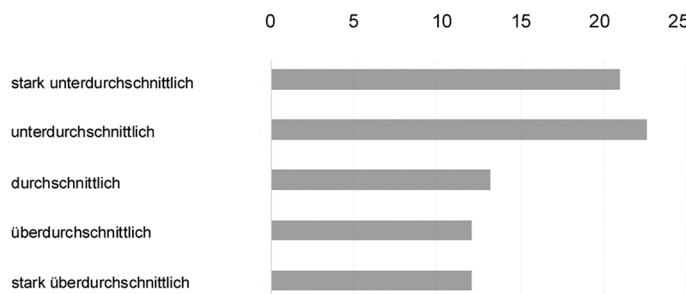
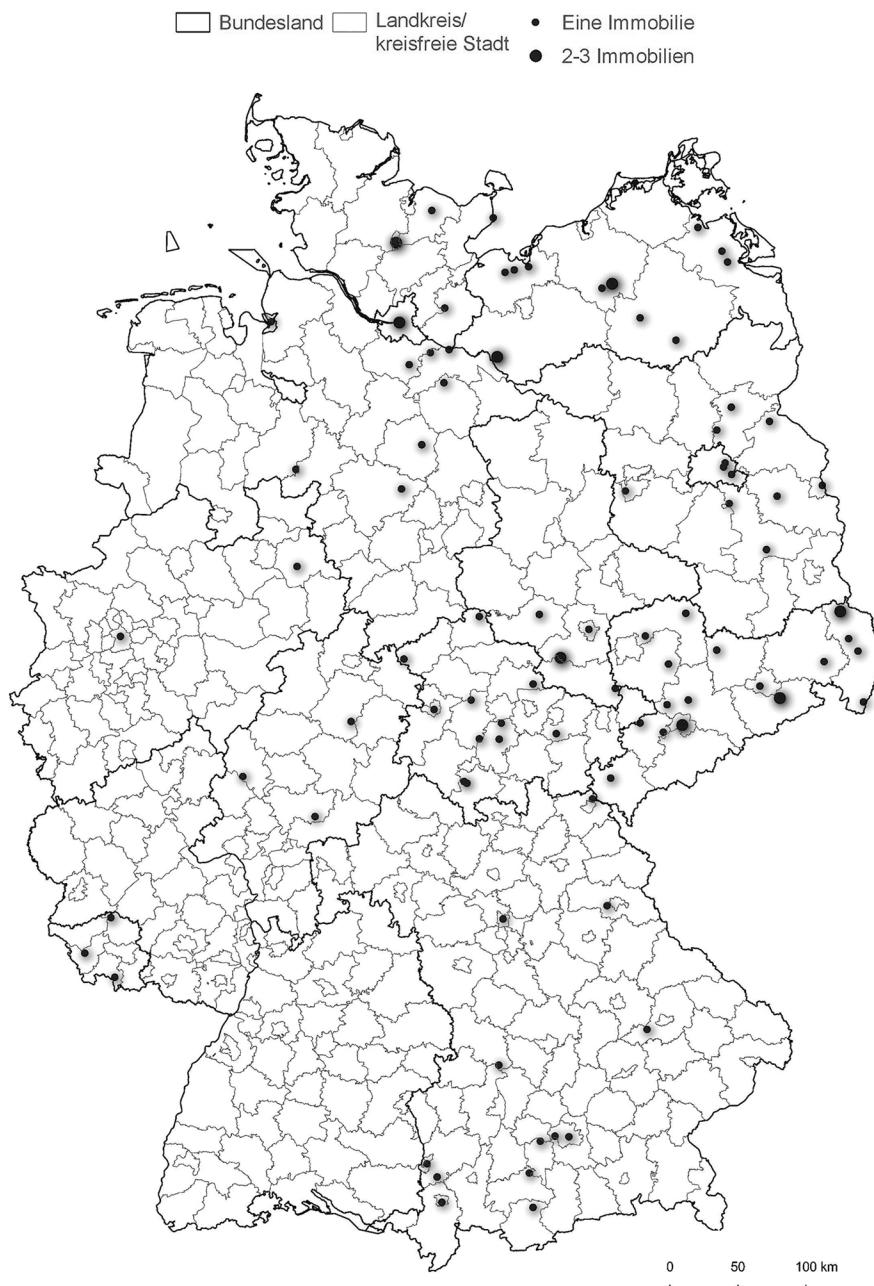


Abb. 3: Rechtsextremistisch genutzte Immobilien, eigene Graphik



Die unterschiedlichen Raumaneignungsformen sind nicht gleich verteilt: Dünn besiedelte ländliche Kreise weisen zwar bei rechter Politik und rechtsextremistisch genutzten Immobilien auch eine deutlich höhere Konzentration auf als städtische Kreise. Dies könnte aber mit niedrigeren Immobilienpreisen in ländlichen Räumen begründet werden. Die Differenzen bei rechter Gewalt (d.h. flüchtlingsfeindliche Vorfälle) hingegen sind jedoch kleiner, was mit der Verteilung der Standorte von Flüchtlingsunterkünften zusammenhängen kann. Die kreisfreie Stadt Neumünster (Schleswig-Holstein) fällt mit der bundesweit höchsten Konzentration von rechtsextremistisch genutzten Immobilien je 100.000 Einwohner:innen (vier) auf, weist bei flüchtlingsfeindlichen Vorfällen und der Wahl extrem rechter Parteien hingegen besonders niedrige Werte auf. Kreisfreie Städte mit weniger als 100.000 Einwohner:innen fallen bezogen auf rechte Raumaneignung fast genauso stark wie ländliche Räume auf, flüchtlingsfeindliche Vorfälle kommen in den kreisfreien Städten sogar am häufigsten vor. Die Häufigkeit solcher Vorfälle ist in kreisfreien Großstädten und städtischen Kreisen hingegen am niedrigsten.

Strukturschwache Regionen (insbesondere in den neuen Ländern), die im Jahr 2000 unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse aufwiesen, deren Lage sich aber bis 2015 auf ausgeglichene Lebensverhältnisse verbesserte (z.B. Sachsen), weisen keine Unterschiede bezüglich dieser Form rechter Raumaneignung auf im Vergleich zu Regionen, die auch im Jahr 2015 unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse verzeichneten. Rechte Raumaneignung ist in beiden überdurchschnittlich stark. In Westdeutschland sind kaum Unterschiede zwischen Regionen mit durchschnittlichen und Regionen mit überdurchschnittlichen bis stark überdurchschnittlichen Lebensverhältnissen auszumachen. Auch in Regionen mit überdurchschnittlichen Lebensverhältnissen findet teilweise rechte Raumaneignung statt.

5.2 Cluster rechter Raumaneignung

Räume, die überdurchschnittlich stark durch rechte Raumaneignungen geprägt sind, befinden sich nicht zwingend an Grenzen von Landkreisen und Ländern und schon gar nicht an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Vielmehr bestehen Cluster von Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, die die oben genannten Grenzen überschreiten, aber auch »Inseln«, die inmitten von Gebieten bestehen, die bezogen auf rechte Raumaneignung nicht auffallen. Eine kleinräumliche Analyse dieser Cluster könnte aufschlussreiche Erkenntnisse liefern. Bezogen auf Stimmen für extrem rechte Parteien können Gürtel von dünn besiedelten Kreisen um Großstädte beobachtet werden, die höhere Stimmenanteile aufweisen als die jeweiligen Großstädte bzw. Zentren. Besonders stark sind diese Gürtel um die Großstädte der neuen Länder sowie um die Metropolen Berlin, München, Frank-

furt am Main, Stuttgart und Hannover ausgeprägt. Auch bei den Immobilien der extremen Rechten ist das Clusterphänomen feststellbar. So bestehen Cluster von Regionen, die die Kreis- und Landesgrenzen überschreiten. Beispiele für die Cluster sind ganz Mecklenburg-Vorpommern, der Osten von Niedersachsen und der Süden von Schleswig-Holstein; der Osten von Brandenburg; der Süden von Sachsen-Anhalt und Bereiche von Sachsen und Thüringen sowie der Südosten von Bayern.

6. Ausblick

Die Datenanalyse auf der Ebene von Landkreisen ist ein Instrument, um potentielle Schwerpunkte bestimmter Dimensionen radikal rechter Raumaneignung zu identifizieren. Die hier herangezogenen Dimensionen geben bereits wichtige Hinweise auf Aneignungsprozesse und weisen auf mögliche Fallstudiengebiete hin. Für weiterführende Untersuchungen sollte das Indikatorenset für die drei Dimensionen erweitert werden, grundsätzlich können aber auch zusätzliche Faktoren in Betracht gezogen werden. Bei der Dimension *Rechte Politik* könnte ein Indikator zu kommunalpolitischen Wahlergebnissen oder rechtsradikalen Vereinen weitere und ggf. präzisere Erkenntnisse ergeben. Bei der Dimension *Rechte Gewalt* wäre ein Indikator zu Gewalttaten gegen linke Personen oder Institutionen und bei der Dimension *Immobilien der Rechten* auch ein Indikator für Immobilien von Rechtsradikalen denkbar, die nicht als rechtsextrem zu bezeichnen sind. Zudem ist eine Analyse auf verschiedenen räumlichen Ebenen jenseits vordefinierter Raumkategorien unabdingbar, um das Risiko von Pauschalisierung und Stigmatisierung zu vermeiden oder zumindest zu verringern. So könnte sich eine großräumige Datenanalyse zu einem echten Warnsystem für rechte Raumaneignung entwickeln. Die GIS-gestützten Analysen können jedoch nicht dazu dienen, rechte Räume zu definieren oder die komplexen Raumaneignungsprozesse zu begründen bzw. zu erklären. Ebenso können die genannten Datenanalysen nur bedingt zu einer Entwicklung von geeigneten Strategien zur Verhinderung rechter Räume direkt beitragen. Diese Grenzen machen deutlich, dass Datenanalysen alleine nicht ausreichen, um rechte Raumaneignung verstehen zu können. Hier müssen lokale Untersuchungen stattfinden, um die Raumaneignung durch Rechtsradikale zu verstehen, ihren Einfluss auf den Alltag und die Mitmenschen nachzuvollziehen und geeignete Strategien gegen rechte Raumaneignung und die Entstehung rechter Räume zu finden.

Literatur

- Ameer, Tahera/Hindemith, Stella/Scholz, Tobias (2017): »Angstzonen: Eine sozialwissenschaftliche Annäherung mit Betroffenenperspektiven«, in Echolot e.V., Öffentliche Räume für demokratische Kultur schaffen. Das Potential zivilgesellschaftlicher Umnutzung der Immobilien krimineller Gruppen. Abschlussbroschüre des Projekts Creating public spaces – best practice in the re-use of confiscated assets, S. 18-27.
- An die Substanz (o.J.): An die Substanz. Rechte Infrastruktur aufdecken. Nazis in die Pleite treiben! Kampagne in Schleswig-Holstein, <https://andiesubstanz.noblogs.org/>, letzter Zugriff am 23.12.2018.
- Arzheimer, Kai (2014): »Die Wahl extremistischer Parteien« in Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 532-561.
- Bahr, Kirsten/Becker, Kati/Meukow, Corinna/Peters, Elisabeth/Mallé, Michael/Ziehl, Andreas (2018): Auf einen Blick: Die Berliner Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin, 2. Auflage, Berlin: Koordination der Berliner Register, pad gGmbH.
- Benzing, Anne/Eckel, Annika/Klose, Bianca/Kritter, Sabine/Misbach, Elène/Müller, Matthias/Overdieck, Ulrich (2009): LADENSCHLUSS JETZT! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur, Berlin: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).
- Berg, Lynn/Üblacker Jan (Hg.) (2020): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: transcript.
- Bernet, Tobias/Bescherer, Peter/Beurskens, Kristine/Feustel, Robert/Michel Boris (2019): »Stadt von Rechts?«, in sub\urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 7 (1/2), S. 7-22.
- Borstel, Dierk (2016): »Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie?«, in GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 65 (2), S. 163-169.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia/Sundermeyer, Olaf (2012): Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neue Entwicklungen – ein Update 2012, Dortmund, Stadt Dortmund, Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): Fachinformation zu Teilorganisationen der Partei >Alternative für Deutschland< (AfD) vom 08.03.2019.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Regionen mit stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen, <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/raumentwicklung/2016-2020/ab>

- gehaengte-regionen/abgehaengte_regionen.html, letzter Zugriff am 20.10.2021.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): Verfassungsschutzbericht 2017, Juli, 359.
- Bundesregierung (2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Willi Bräse, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD. Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Drucksache 17/14524.
- (2015): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Lazar u.a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Beschlagnahme und zivilgesellschaftliche Weiterverwendung von durch rechtsextreme Gruppen und kriminelle Netzwerke genutzte Immobilien, Drucksache 18/4819.
- (2017): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Britta Haßelmann, Christian Kühn (Tübingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stärkung strukturschwacher Regionen in Deutschland. Drucksache 18/10951.
- (2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/186.
- Bundeswahlleiter (2017): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017.html>, letzter Zugriff am 18.04.2021.
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas/Osigus, Torsten (2019): »Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?«, in IDZ: Wissenschaft Demokratie, Band 5, S. 75-87.
- Der Tagesspiegel (2006): »Heye: ›No-Go-Areas‹ in Ostdeutschland« vom 17.05.2006, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechtsextremismus-heye-no-go-areas-in-ostdeutschland/712324.html>, [letzter Zugriff: 20.10.2021].
- Domann, Valentin/Thom, Alexander (2017): Machtergreifung beim Mettbrötchen. Raumnahme der Neuen Rechten in Westberlin, Berlin: Sozialistische Jugend – Die Falken Landesverband Berlin.
- Döring, Uta (2007): Angstzonen: Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2014): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS.

- Falter, Jürgen W./Winkler, Jürgen R. (2014): »Wahlgeographie und Politische Ökologie«, in Falter/Schoen, Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage, S. 135-168.
- Forest, Benjamin (2018): »Electoral Geography. From Mapping Votes to Representing Power«, in Geography Compass 12 (1).
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: sub\urban 7 (1/2), S. 23-44.
- Gensing, Patrick (2018): Rechtsextremismus: Braune Erlebniswelten, tagesschau.de vom 26.01.2018, <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-immobilien-101.html>, letzter Zugriff 20.10.2021.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus«, in Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian (Hg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim/Basel: Beltz, S. 47-79.
- Helal, Abdelrahman (2016): Flüchtlinge und Wohnungsleerstand. Potenziale für die Unterbringung von Flüchtlingen und die Reduzierung des Wohnungsleerstands. Unveröffentlichte Abschlussarbeit, Berlin.
- Kühnert, Nikolaus/Anh-Linh, Ngo/Uhlig, Günther (Hg.) (2019): RECHTE RÄUME. Bericht einer Europareise, ARCH+ Zeitschrift für Architektur und Urbanismus, 235.
- Leibert, Tim/Haunstein, Stefan (2018): »Wahlverhalten macht zunehmende Differenzierung der Gesellschaft deutlich«, in Leibniz-Institut für Länderkunde, N aktuell, 12, S. 3.
- Luzar, Claudia/Borstel, Dierk (2016): »Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge«, in Braun, Stephan/Geiler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 39-53.
- Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. (2013): Handreichung. Nach den Rechten Häusern sehen, Erfurt.
- Müller, Matthias (2014) Rechtsextreme Infrastruktur unter Druck – Berlin rechts-aussen, <https://rechtsaussen.berlin/2014/05/rechtsextreme-infrastruktur-unterdruck/>, letzter Zugriff: 3.1.2022.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, PRIF Report 5/2019, Frankfurt a.M.
- QGIS Development Team (2019): QGIS Geographic Information System. Open Source Geospatial Foundation Project (Version 2.18/3.47), <https://www.osgeo.org/projects/qgis/>, letzter Zugriff: 3.1.2022.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas/Quent, Matthias (2017): Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Jena: IDZ.

- Röpke, Andrea (2015): Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern. Recherche bis Mitte September 2014, 3. Auflage, Schwerin: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern.
- Röpke, Andrea (2017): 2017 Jahrbuch rechte Gewalt: Chronik des Hasses, München: Knaur Verlag.
- Schoen, Harald (2014): »Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung«, in Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.), Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 169-224.
- Schulze, Christoph (2016): »Das Säulenkonzept der NPD«, in Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.), Strategien der extremen Rechten: Hintergründe, Analysen, Antworten, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 77-100.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (2015): Rechtsextremistische Aktivitäten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Berlin, <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/lage-und-wahlanalysen/lageanalyse-aktivitaeten-gegen-fluechtlinge.pdf>, letzter Zugriff: 03.01.2022.
- Trüby, Stephan (2020): »Rechte Räume« in Politische Essays und Gespräche. Gütersloh, Berlin, Basel: Birkhäuser.
- Wiedmann-Schmidt, Wolf (2021): Verfassungsschutz beobachtet AfD nun bundesweit, DER SPIEGEL, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechts-extremismus-verdachtsfall-verfassungsschutz-beobachtet-afd-nun-bundesweit-a-136d80ce-4549-4a23-8174-19ad70f20643>, letzter Zugriff: 3.1.2022.
- Wodak, Ruth (2015): The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean, London: Sage.
- Wulff, Morten (2015): QGIS Cartogram, <https://github.com/informeren/qgis-cartogram>, letzter Zugriff am 20.10.2021.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindseitige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn: Dietz.